

SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF

14. JUNI 2010

PROTOKOLL

1. Einleitung

Die Junisitzung 2010 des Vorstands der ETF findet am 14. Juni in Turin statt, den Vorsitz führt **Jan Truszczyński**, Generaldirektor der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission.

Die neuen Vorstandsmitglieder für Griechenland (Angelos Angelidis, Vorsitzender der Organisation für Berufsbildung), Polen (Jerzy Wiśniewski, stellvertretender Direktor des Ministeriums für Bildung), Schweden (Shawn Mendes, Ministerium für Bildung und Forschung), das Vereinigte Königreich (Nick Preston, DfE/ BIS Joint International Unit) und die Europäische Kommission (Gerhard Schumann-Hitzler, Direktor, GD Erweiterung, und John O'Rourke, Referatsleiter, GD Außenbeziehungen) werden willkommen geheißen. Ferner nehmen die vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen Jean François Mezières, Stamatís Paleocrassas und Sara Parkin an der Sitzung teil. Weiterhin sind die Kommissionsbediensteten Christophe Masson von EuropeAid, Bo Caperman von der GD Erweiterung sowie Belén Bernaldo de Quirós und Elena Pascual Jiménez von der GD Bildung und Kultur anwesend. Die Personalvertretung der ETF wird von Mircea Copot vertreten.

Irland, Lettland, Litauen und Malta sind bei der Sitzung nicht vertreten. Darüber hinaus sind keine Vertreter der Partnerländer anwesend.

2. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vom Vorstand angenommen.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom November 2009 wird genehmigt.

ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Xavier Matheu de Cortada (ETF) stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zu der Sitzung vom November 2009 durchgeführt wurden.

- Der neue dem Vorstand vorbehaltene zugangsbeschränkte Bereich der ETF-Website wird unter Tagesordnungspunkt 8 dieser Sitzung vorgestellt.
- Eine Arbeitsgruppe des Vorstands für die Überwachung und Bewertung des jährlichen Tätigkeitsberichts und des vierteljährlichen Fortschrittsberichts wurde eingesetzt; sie trat am 18. Mai 2010 in Turin zusammen.
- Während der thematischen Veranstaltung am 15. Juni 2010 wurden Aspekte der Flexicurity im Rahmen der Aktivität der ETF zur Beschäftigungsfähigkeit in der Östlichen Partnerschaft vorgestellt. Andere Regionen werden auf den nächsten Sitzungen vorgestellt werden.
- Die vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen erläutern ihre Rolle im Vorstand der ETF unter Tagesordnungspunkt 9 dieser Sitzung.
- Fragebogen zur Beteiligung von Vorstandsmitgliedern an Aktivitäten der ETF wurden am 15. November 2009 elektronisch übermittelt.

Es wurden schriftliche Verfahren zu folgenden Themen durchgeführt: strategischer Auditplan des IAD für 2010-2012, Maßnahmen zum Schutz der Menschenwürde und gegen Mobbing und sexuelle Belästigung bei der ETF, Durchführungsbestimmungen zum Statut – Leitfaden für Dienstreisen, Durchführungsbestimmungen zu Artikel 44 Absatz 2 des Statuts der Beamten in Bezug auf die Angehörigen der mittleren und höheren Führungsebene sowie Durchführungsbestimmungen zu Artikel 7 Absatz 2 des Statuts über die vorübergehende Verwendung auf Führungsposten.

4. Mündliche Berichte

i. Fortschritte bei den Maßnahmen und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben

Jan Truszczyński stellt die jüngsten Entwicklungen auf EU-Ebene im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung vor.

Die Strategie Europa 2020

Die Europäische Kommission hat jüngst die **Strategie Europa 2020** vorgestellt, in deren Zentrum die Überwindung der Krise und die Vorbereitung der EU-Wirtschaft auf das nächste Jahrzehnt steht. Der Europäische Rat wird auf seiner Junisitzung die Strategie sowie die Instrumente für ihre Umsetzung genehmigen. Die Strategie Europa 2020 wird sich auf drei Prioritäten konzentrieren, die miteinander verknüpft sind und einander verstärken werden: intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen spielen eine Schlüsselrolle für die Verwirklichung dieser strategischen Prioritäten. Eines der fünf Kernziele, die sich die EU für 2020 setzt, betrifft wichtige Bildungsfragen: Verringerung des Anteils der Schulabbrecher auf unter 10 % und Erhöhung des Anteils der jungen Menschen mit Hochschulabschluss oder gleichwertigem Abschluss auf 40 %.

Um die gesetzten Prioritäten und Ziele zu erreichen, unterbreitet die Kommission die Agenda Europa 2020 mit einer Reihe von Leitinitiativen. Die Umsetzung dieser Initiativen ist eine gemeinsame Priorität, die Maßnahmen auf allen Ebenen – von EU-weit tätigen Organisationen, Mitgliedstaaten, lokalen und regionalen Behörden sowie der Zivilgesellschaft – erfordert. Zwei dieser Leitinitiativen werden besonders eng mit dem Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung verbunden sein: *Jugend in Bewegung* und *Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten*.

Jugend in Bewegung: soll die Mobilität junger Menschen im weiteren Sinne fördern, indem nicht nur die Mobilität von Studierenden, sondern auch die Mobilität anderer Kategorien von jungen Menschen im Kontext des lebenslangen Lernens gestärkt wird, wobei ein Gleichgewicht zwischen Gleichbehandlung und Exzellenz der Hochschulbildungssysteme gewährleistet werden soll, das jungen Menschen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten und mehr Möglichkeiten für eine aktive

Rolle in der Gesellschaft bietet. Das Programm soll den Erwartungen zufolge im Dezember 2010 durch das Kollegium der Kommissare angenommen werden.

Die *Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten* hat das Ziel, die Voraussetzungen für die Modernisierung der Arbeitsmärkte zu schaffen und Menschen den Erwerb neuer Kompetenzen zu ermöglichen, um das Beschäftigungsniveau anzuheben und die Nachhaltigkeit unserer Sozialmodelle zu sichern. Die konkreten Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, umfassen die Umsetzung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, den Erwerb von Bildung und die Anerkennung des Lernens von der allgemeinen über die berufliche und höhere Bildung bis zur Erwachsenenbildung sowie die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens. Der Bericht über neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen wurde auf einer Konferenz im Februar 2010 vorgestellt; sein wichtigstes Ergebnis war die Notwendigkeit, die in der Zukunft erforderlichen Kompetenzen und Fähigkeiten besser zu antizipieren. Das Programm soll den Erwartungen zufolge im November 2010 durch das Kollegium der Kommissare angenommen werden.

Zusammenarbeit zwischen Bildungswesen und Berufswelt

Im Bereich der Zusammenarbeit zwischen Bildungswesen und Berufswelt, namentlich Hochschulen und Unternehmen, wurden die Arbeiten fortgeführt. Im ersten Halbjahr 2010 fanden zwei Veranstaltungen statt, nämlich das thematische EU-Forum zur Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen im März und das *European University-Business Forum* im Mai. Ferner dankt der Vorsitzende der ETF für die im Auftrag der GD Bildung und Kultur durchgeführten Arbeiten zu der Zusammenarbeit zwischen Bildungswesen und Berufswelt in Partnerländern.

Mitteilung der Kommission „Ein neuer Impuls für die europäische Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zur Unterstützung der Strategie Europa 2020“

Am 9. Juni 2010 wurde eine Mitteilung zur Berufsbildung angenommen. Diese Mitteilung geht auf die Forderung in der Strategie Europa 2020 zurück, die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu stärken. Die Arbeiten werden unter der belgischen Ratspräsidentschaft fortgeführt und im Dezember 2010 wird während des informellen Treffens der zuständigen Minister in Brügge ein politisches Kommuniqué angenommen.

Gerhard Schumann-Hitzler (GD Erweiterung) stellt die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Erweiterungspolitik vor.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurden die Hindernisse für den Erweiterungsprozess beseitigt; es wurde ein neuer institutioneller Rahmen bzw. eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments im Erweiterungsprozess geschaffen und der Europäische Auswärtige Dienst errichtet. Der Kommissar ist sowohl für die Erweiterungspolitik als auch für die Nachbarschaftspolitik zuständig, was die Koordinierung zwischen den beiden Bereichen verstärkt.

In diesem Kontext setzt sich die EU weiterhin für die europäischen Perspektiven der Kandidatenländer und der potenziellen Kandidatenländer ein; auf dem hochrangigen Treffen Anfang Juni in Sarajevo bestätigte Kommissar Stefan Füle erneut das Engagement der EU für die europäische Perspektive der Westbalkanländer. Es gibt ein weiteres positives Element: Serbiens Antrag auf EU-Mitgliedschaft.

Im Kontext der Umsetzung der Strategie EU 2020 werden auch die Kandidatenländer eine Rolle spielen und zur Verwirklichung der gesetzten Ziele beitragen – ähnlich wie die Mitgliedstaaten, jedoch weniger ambitioniert.

Die Überwachung des von den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern zu verzeichnenden Fortschritts wird fortgeführt, und im November 2010 werden Fortschrittsberichte veröffentlicht. Für die beiden potenziellen Kandidatenländer, Albanien und Montenegro, wird der Fortschrittsbericht möglicherweise durch ein Dokument ersetzt, das die Ansicht der Kommission dazu enthält, inwieweit die beiden Länder bereit dafür sind, Kandidatenländer zu werden; dies stellt noch keine Aufnahme des Verhandlungsprozesses dar.

Es gibt einen Antrag Islands, Kandidatenland zu werden, zu dem die Europäische Kommission bereits im März 2010 eine befürwortende Stellungnahme abgegeben hat; der Europäische Rat wird diese Frage den Erwartungen zufolge Ende des Jahres erörtern. Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wartet auf die förmliche Entscheidung über den Namen des Landes auf höchster politischer Ebene; diese Entscheidung wird noch für dieses Jahr erwartet.

Der Überwachungsprozess umfasst die EU-Standards und die Benchmarks, die die Kandidatenländer und die potenziellen Kandidatenländer erreichen sollten. Es wurde nachgewiesen, dass die umfassenden Reformen im Zeitraum vor dem Beitritt stattfinden. Unterstützt wird dieser Prozess durch die festgelegten Benchmarks und die Voraussetzungen, die die Kandidatenländer und die potenziellen Kandidatenländer zu erfüllen haben. Als nicht zwingend umzusetzender Bereich des Besitzstands („soft aquis“) sind zur Berufsbildung nicht viele Vorgaben enthalten; es gibt jedoch eine Verbindung zu den politischen Kriterien, beispielsweise den Minderheitenrechten.

Zugleich spielt die ETF eine Rolle bei der Programmplanung im Rahmen der EU-Hilfe, die sich auf jährlich 1,2 Mrd. EUR beläuft. Bei der Planung der Finanzhilfe konzentriert sich die Kommission auf drei Elemente: a) Kapazitäten aufzubauen, um die Kandidatenländer und die potenziellen Kandidatenländer in die Lage zu versetzen, den Besitzstand zu übernehmen und umzusetzen; b) diese Länder bei der Vorbereitung zu unterstützen, damit sie ihre Effizienz steigern und dem Wettbewerbsdruck des Marktes gewachsen sind; c) sicherzustellen, dass sich die Empfängerländer auf den Einsatz der Strukturfonds und die zunehmende Eigenverantwortung der Länder vorbereiten können. In allen diesen Bereichen hat die ETF ebenfalls eine wichtige Rolle zu spielen.

John O'Rourke (GD Außenbeziehungen) berichtet über die Entwicklungen beim Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) und beim Instrument für Entwicklungszusammenarbeit.

Fortschrittsbericht ENPI

Der jährliche ENPI-Fortschrittsbericht wurde am 12. Mai 2010 vorgelegt. Die Kommission nutzte diese Gelegenheit, um über den Fortschritt der Länder zu berichten, eine Bestandaufnahme des Erreichten zu erstellen und die Bereiche aufzuzeigen, in denen nur begrenzte Fortschritte oder gar ein Rückschritt zu verzeichnen waren. Die Integration mit den Nachbarn der EU im Bereich Wirtschaft ist anhaltend stabil; um eine weitere wirtschaftliche Integration zu erreichen, besteht die Notwendigkeit einer weiteren Liberalisierung des Handels sowie einer Angleichung der Ordnungsrahmen. Nach Auffassung der Kommission sollte mehr für ein förderliches Klima für wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen der Wirtschaft getan werden.

Kommissar Stefan Füle führt aus, dass im nächsten Jahr in einer neuen Mitteilung der Kommission festgelegt wird, wie sich die Europäische Nachbarschaftspolitik mittelfristig entwickeln wird.

Die Mobilität – eine in den Fortschrittsberichten behandelte Frage – ist auch mit der Frage der Visaliberalisierung verbunden, und in diesem Kontext stellt die Frage der Arbeitskräftemigration in den EU-Mitgliedstaaten ein äußerst sensibles Thema dar. Sie ist zudem eine Frage, die auch künftig von Belang sein wird. In diesem Kontext werden die Arbeiten zum Abschluss weiterer Mobilitätspartnerschaften – neben den bereits bestehenden mit der Republik Moldawien und Georgien – fortgeführt. Es soll versucht werden, diese Partnerschaften auszuweiten, ambitionierter zu gestalten und zu versuchen, den Bedarf europäischer Arbeitsmärkte mit dem Arbeitskräfteangebot der Partnerländer abzugleichen.

In dem Bericht wird ferner eine Bewertung der Humankapitalentwicklung in den Ländern vorgenommen, wobei auch die Berufsbildung Erwähnung findet; es wird festgestellt, dass sich in den Partnerländern die nationalen Strategien auf die schrittweise Einführung von kompetenzbasierten Standards und Qualitätssicherungsmechanismen konzentrieren, wobei dem lebenslangen Lernen und der Einleitung des Turin-Prozesses ein erhöhtes Maß an Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Östliche Partnerschaft

Es gibt Fortschritte in den bilateralen und multilateralen Erörterungen und es sind Assoziierungsabkommen für drei Länder aus der Kaukasus-Region in Vorbereitung. Fünf von sechs

Ländern erweitern ihre vertraglichen Beziehungen mit der Europäischen Union mit dem Ziel einer engeren politischen Integration und der Unterstützung eines umfassenden Prozesses zum institutionellen Aufbau.

Innerhalb der Östlichen Partnerschaft sind vier Plattformen aktiv, von denen sich Plattform 2 mit der wirtschaftlichen Integration und Konvergenz beschäftigt, während sich Plattform 4 – Kontakte zwischen Menschen – mit Fragen der Humankapitalentwicklung, der Beschäftigungsfähigkeit und der Mobilität befasst, wobei die GD EAC den Vorsitz führt. Am 27. Mai 2010 stellte die ETF während der Tagung von Plattform 4 die Berichte über die Beschäftigungspolitiken in der Schwarzmeerregion vor.

Entwicklungen in der südlichen Region

Die Europäische Kommission ist bereit, ein Assoziierungsabkommen mit Syrien zu unterzeichnen und wartet auf die Reaktion der syrischen Behörden. Im März 2010 begannen auch mit Libyen Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen, unter anderem über Bereiche im Zusammenhang mit allgemeiner und beruflicher Bildung und Kultur.

Halbzeitüberprüfung der Finanzierungsinstrumente

Ende letzten Jahres wurde die Halbzeitüberprüfung der ENPI-Finanzierungsinstrumente durchgeführt, und die Kommission stellte im Dezember 2009 die indikativen Mittelaufteilungen für ENPI-Länder für den Zeitraum 2011-2013 vor. Zur gleichen Zeit erfolgte eine Überprüfung der Regionalprogramme, die auch die Regionalprogramme für Bildung betraf. Derzeit läuft die Überprüfung für das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit.

Christophe Masson (GD Aidco) erklärt, dass das Know-how der ETF für die GD Aidco von maßgeblicher Bedeutung ist, da die von der ETF gebotene technische Hilfe das bestehende und auf operativer Ebene nötige Know-how bei der GD Aidco und den Delegationen der EU ergänzt. Den Bestimmungen zufolge legt die GD Relex die Programmplanung fest, und EuropeAid sorgt, in Zusammenarbeit mit den Delegationen der EU, für die praktische Umsetzung der Projekte. Wenn mit den Partnerländern ein politischer Dialog aufgenommen wird, wird Know-how benötigt, das im Bereich der Humankapitalentwicklung von der ETF bereitgestellt wird. Die GD Aidco beabsichtigt, die Partnerschaft mit der ETF zu verbessern.

Maurice Mezel (Frankreich) verweist auf die Auswirkungen der Finanzkrise auf die allgemeine und berufliche Bildung sowie auf die Tatsache, dass zugleich die Notwendigkeit einer Reform der Berufsbildung besteht. Er stellt die jüngsten Entwicklungen im Hinblick auf die Union für das Mittelmeer vor, die von einem ständigen Sekretariat in Barcelona profitiert, das für eine bessere Organisation des Austauschs mit den an diesem Prozess beteiligten Ländern sorgt. Mit Unterstützung der Europäischen Kommission wurde in Barcelona eine Tagung mit den Sozialpartnern aus dem Mittelmeerraum organisiert; diese sind sich hinsichtlich der wichtigen Rolle der Berufsbildung für die Vorbereitung junger Menschen auf den Arbeitsmarkt einig. Eine weitere wichtige Frage, die in den Partnerländern angesprochen werden muss, betrifft die verantwortungsvolle Verwaltung („governance“) in der Berufsbildung.

Micheline Scheys (Belgien) stellt zwei Fragen: Bei einer der Fragen handelt es sich um einen Vorschlag für eine gemeinsame Aktivität der ETF und des CEDEFOP zur Untersuchung der Frage einer nachhaltigen Beziehung zwischen der Bildung und dem Arbeitsmarkt. Die zweite Frage bezieht sich auf die geplante Arbeit der ETF im Dialog mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft. **John O'Rourke** antwortet, dass in den Erörterungen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft auch die Bereiche Bildung, lebenslanges Lernen und Arbeitsmarkt behandelt werden, in denen die ETF eine Rolle spielt. **Jan Truszczyński** verweist auf die auf der Ebene der Kommission geleistete Arbeit zur Verbesserung der Beziehung zwischen Bildung und Berufswelt. Er dankt für die Idee weiterer Untersuchungen in diesem Bereich in der nächsten Zeit.

ii. Trends und Entwicklungen bei der ETF

Madlen Serban (ETF) verweist in ihrem Beitrag auf die Aktivitäten seit der letzten Vorstandssitzung, die sich auf die Steigerung der Effektivität und der externen Effizienz sowie auf die Verbesserung der internen Effizienz der ETF konzentrierten.

Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament ist eines der wichtigsten Organe, mit denen die ETF zusammenarbeitet. In diesem Kontext organisierte die ETF am 3. und 4. Dezember 2009 in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments die Konferenz zum Thema *Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft* und wird dort am 2. und 3. Dezember 2010 die Konferenz zum Thema *Soziale Eingliederung* organisieren. Ferner stellte die ETF die Tätigkeiten der ETF im Jahr 2009 und ihr Arbeitsprogramm 2010 dem Beschäftigungsausschuss vor (Januar 2010) und wird die *Eastern Partnership Employment Reviews: the cross-country findings on Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova, Ukraine* den parlamentarischen Delegationen (29. September 2010) und dem Ausschuss für parlamentarische Zusammenarbeit (Dezember 2010) vorstellen.

Für den Beschäftigungsausschuss leistete die ETF schriftliche Beiträge zu den Debatten über Armutsverringerung in Zentralasien (Mai 2010), die externe Dimension der Sozialpolitik der EU (Mai 2010), die Bedeutung der Berufsbildungspolitik für sozialen Zusammenhalt und Armutsverringerung (1. und 2. Juni 2010) sowie einen technischen Beitrag zur Stellungnahme zu der Mitteilung „*Jugend in Bewegung*“ zum Thema des Übergangs von der Bildung zur Arbeit. Auch für andere Fachausschüsse (z. B. Bildung und Kultur) oder politische Gruppen wurden Beiträge erarbeitet. Mehrere Mitglieder des Europäischen Parlaments besuchten die ETF oder nahmen an von der ETF organisierten Veranstaltungen teil.

Zusammenarbeit mit den Institutionen der EU-Mitgliedstaaten

Die ETF arbeitete sehr gut mit der spanischen Ratspräsidentschaft zusammen. Die Mitarbeiter nahmen an mehreren Tagungen teil, die in diesem Zeitraum organisiert wurden, und unterstützten die erstmalige Teilnahme politischer Entscheidungsträger und Arbeitgeber aus den Ländern des südlichen Mittelmeerraums (Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, besetzte palästinensische Gebiete und Syrien) an der von der Ratspräsidentschaft vom 4. bis 6. Mai 2010 in Zaragoza organisierten Berufsbildungskonferenz zum Thema: *Valuing VET competences*.

Die ETF unterstützt engere Beziehungen zu den Institutionen der EU-Mitgliedstaaten und bereitet ihre Aktivitäten vor, indem über einen Fragebogen zu den wichtigen Themen und Partnerländern Informationen ausgetauscht werden und Erörterungen mit den Vertretern der EU-Mitgliedstaaten, beispielsweise Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Vereinigtes Königreich und Litauen, organisiert werden. Im Jahr 2010 organisierte die ETF Studienbesuche in Institutionen des Vereinigten Königreichs, Spaniens, Estlands, Frankreichs, der Niederlande, Sloweniens und Österreichs bzw. plant derartige Besuche.

Die italienische Regierung unterstützt die Tätigkeit der ETF in starkem Maße. Um eine Angleichung an die derzeitigen Praktiken in Italien in Bezug auf Standortvereinbarungen zu erreichen, wurde zwischen der ETF und Italien eine überarbeitete Standortvereinbarung vereinbart und am 22. Januar 2010 unterzeichnet; sie wird in Kraft treten, sobald der Ratifizierungsprozess des italienischen Parlaments abgeschlossen ist (voraussichtlich im Jahr 2012).

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Die ETF beteiligt sich zusammen mit den Vertretern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank, der Generaldirektion Entwicklung der Europäischen Kommission sowie dem Amt für Zusammenarbeit EuropeAid an der von der UNESCO initiierten agenturenübergreifenden Arbeitsgruppe Berufsbildung, deren Ziel es ist, eine Klärung und ein gemeinsames Verständnis der Terminologie im Berufsbildungsbereich zu erreichen. Sie ist auch in der agenturenübergreifenden Gruppe Unternehmerrausbildung aktiv und fördert ihre Beziehung zu Weltbank, IAO, OECD und Weltwirtschaftsforum.

Zusammenarbeit mit den Organen der Europäischen Union – Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen

Während des vom Wirtschafts- und Sozialausschuss organisierten *Forums der Zivilgesellschaft der Westbalkanländer* mit dem Thema *Künftige Zusammenarbeit bei der Errichtung von Berufsbildungsräten in den Westbalkanländern* (18. und 19. Mai 2010) teilte die ETF ihr Know-how mit Vertretern der Sozialpartner; ferner wird sie vor dem CIVEX-Ausschuss des Ausschusses der Regionen einen Vortrag zum Thema *Künftige Beiträge zur Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zu den östlichen ENP-Ländern* halten (Juli 2010).

Kooperationsvereinbarungen

Bislang hat die ETF eine Gemeinsame Absichtserklärung mit dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Italien und eine Gemeinsame Absichtserklärung zur Förderung der nationalen Entwicklung von Qualifikationen sowie zur Förderung des unternehmerischen Lernens im Libanon abgegeben und steht mit Portugal im Verhandlungsprozess über ein gemeinsames Projekt in Algerien. Überdies verbessert die ETF ihre Zusammenarbeit mit Eurofound und bemüht sich um eine verstärkte Zusammenarbeit mit Kasachstan und Syrien.

Veranstaltungen der ETF im Jahr 2010

Frauen und Arbeit

Am 8. März 2010 organisierte die ETF eine wichtige Konferenz zu dem zentralen Thema „Frauen und Arbeit“, bei der sich 120 Teilnehmer aus etwa 40 Ländern in Turin trafen; der Tenor der Konferenz lautete, dass trotz erheblicher Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter künftig noch viele Herausforderungen zu bewältigen sind.

Turin-Prozess

Der Turin-Prozess ist eine zweijährlich in jedem Land stattfindende partizipatorische Maßnahme zur Förderung einer evidenzbasierten Politikgestaltung. Hierbei handelt es sich um eine wichtige Maßnahme der ETF, die die Anleitung zur Formulierung von Politiken oder zur politischen Analyse (Selbstbewertung) beinhaltet und auf dem von der ETF geförderten politischen Lernen und der Einbindung der wichtigsten Akteure (politische Entscheidungsträger, Sozialpartner, Praktiker, Forscher) beruht.

Die vorläufigen Ergebnisse lassen auf eine gute Akzeptanz des Prozesses durch die Partnerländer schließen: 17 positive Antworten, 5 in Diskussion und von 2 noch keine Antwort (Algerien und Turkmenistan); mehrere Länder führen den Prozess als Selbstbewertung durch: Russland, Ukraine, Belarus, Israel, Tunesien, Marokko und die besetzten palästinensischen Gebiete. Die Ergebnisse zeigen, dass die folgenden Bereiche ganz oben auf der Liste der Prioritäten stehen: Sozialpartnerschaft, verantwortungsvolle Verwaltung („*governance*“), Lehrerbildung, Qualitätsverbesserung und -sicherung, Förderung von Zugangsmöglichkeiten und Gleichbehandlung. Alle diese Aspekte stehen im Einklang mit den vier strategischen Zielen des strategischen Rahmens „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ und der Mitteilung über die Berufsbildung.

Studie zur Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft

Die Studie wird auf Ersuchen der GD Bildung und Kultur durchgeführt und soll die Situation kartieren und analysieren sowie Empfehlungen für die Förderung und/oder Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Zusammenarbeit geben. Die vorläufigen Ergebnisse zeigen, dass es zahlreiche Beispiele, aber keine systematische Zusammenarbeit gibt, und belegen die Notwendigkeit einer Einbindung aller Akteure sowie geeigneter Gesetze, Strategien und Anreizsysteme. Behandelt werden muss auch der Übergang von der Berufsbildung zur Hochschulbildung, der sehr wichtig ist, um zu vergleichbaren Qualifikationen zu gelangen.

Verbesserung der internen Effizienz der ETF

Die ETF befolgt die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts des Europäischen Rechnungshofs über die ETF (2009), des Berichts des IAD über die ETF (2009), des Berichts über die Entlastung für den Haushaltsvollzug der ETF für das Haushaltsjahr 2008, der externen Evaluierung der dezentralen Einrichtungen der EU im Jahr 2009, der vierteljährlichen Monitoring-Berichte der ETF und des jährlichen Tätigkeitsberichts 2009 der ETF sowie die Bestimmungen zur periodengerechten Buchführung, seitdem Sicherheitsübereinkommen durch die Kommissionsdienststellen validiert wurden.

Bericht des Rechnungshofs

In dem der ETF vorgelegten Bericht des Rechnungshofs werden die folgenden Aspekte genannt: große Zahl von Mittelübertragungen innerhalb des Haushaltsplans, hoher Betrag von Mittelübertragungen von Titel 1 auf Titel 3, zwei Mittelübertragungen, die durch den Vorstand hätten genehmigt werden sollen, sowie Nichtveröffentlichung des Zahlungsplans innerhalb des Haushaltsplans. Auf der Grundlage dieser Feststellungen entschloss sich die ETF zu einer strafferen Planung des Haushalts 2011, einer engeren Überwachung von Mittelübertragungen innerhalb des Haushaltsplans, der Überprüfung der Haushaltsstruktur, um weniger stark genutzte Haushaltslinien zu eliminieren, der strikten Anwendung der Vorschriften für die Genehmigung von Mittelübertragungen sowie der Veröffentlichung des Zahlungsplans ab dem Berichtungshaushaltsplan 2010.

Leistungsbasiertes Management

Die ETF strebt nach institutionsweitem Engagement für Qualität und kontinuierliche Leistungsverbesserung, um strategische Ziele zu erreichen und die geplanten vom Vorstand genehmigten und erforderlichen Aktivitäten zu realisieren. Es soll einige wenige, relevante und messbare Leistungsindikatoren geben, die in Korrelation mit den vier Funktionen der ETF stehen und homogenen, speziell auf die jeweilige Funktion abgestimmten Unterkategorien entsprechen. Die Leistungsverbesserung erfordert eine erhöhte interne Effizienz der ETF: Institutionelle und funktionale Analysen waren nötig, um das Organigramm der ETF zu überprüfen und Empfehlungen zu formulieren, mit deren Hilfe ihre Funktionsweise verbessert sowie auf der Ebene der einzelnen Abteilungen/Referate und auf Organisationsebene eine optimale, funktionsbezogene Aufgabenverteilung gewährleistet werden soll.

In Reaktion auf Anmerkungen des IAD und auf die horizontale Evaluierung der Agenturen wurde von PricewaterhouseCoopers zwischen Dezember 2009 und März 2010 eine die Verwaltungsabteilung betreffende Funktionsanalyse durchgeführt. Es wurde ein Aktionsplan ausgearbeitet, der zu einer Verringerung der Mitarbeiterzahl von 40 auf 28 führen wird.

Das Referat Planung, Überwachung und Evaluierung (*Planning, Monitoring and Evaluation Unit*, PMEÜ) übernahm das Prozessmanagement und die Softwareentwicklung zur Unterstützung bei der Abstimmung der funktionalen Anforderungen der Prozesse und bemühte sich durch Integration des juristischen Dienstes um eine Verbesserung der Effektivität des Risikomanagements. Auf diese Weise wurden fünf Stellen von der Verwaltungsabteilung an das Referat Planung, Überwachung und Evaluierung übertragen.

Das Referat Externe Kommunikation bemüht sich, basierend auf den Empfehlungen zur Kommunikationsstrategie, die bis Ende 2010 entwickelt werden sollen, um eine Verbesserung der Effizienz.

In Bezug auf die Operative Abteilung ist eine institutionelle und funktionale Analyse nötig, um das derzeitige Organigramm der Abteilung zu überprüfen und Empfehlungen zu formulieren, mit deren Hilfe ihre Funktionsweise verbessert sowie auf der Ebene der einzelnen Verwaltungsreferate der Abteilung und auf Organisationsebene eine optimale, funktionsbezogene Aufgabenverteilung gewährleistet werden soll. Erwartet werden hiervon eine Verbesserung der Kohärenz und Konsistenz der „korporativen Dimension“ des Kerngeschäfts der ETF, eine effektive und effiziente institutionelle Hintermauerung des *Turin-Prozesses*, eine effektive und effiziente Entwicklung von für die Partnerländer der ETF relevantem Know-how und Wissensmanagement sowie eine effektive und effiziente Konzeption und Durchführung von Maßnahmen/Projekten in den Partnerländern der ETF.

Alberto Cutillo (Italien) begrüßt im Namen der italienischen Behörden den neuen Vorsitzenden des Vorstands und die neuen Kollegen und dankt der Direktorin der ETF für die Unterstützung der verstärkten Zusammenarbeit zwischen der ETF und Italien. Der italienische Außenminister Franco Frattini besuchte die ETF im Januar 2010, was die Gelegenheit zur Unterzeichnung von Kooperationsvereinbarungen und der Standortvereinbarung bot. Er legt dar, dass die Standortvereinbarung nach italienischem Recht vom Parlament ratifiziert werden muss, um in Kraft treten zu können, und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die neuen Bestimmungen zu einer erhöhten Effizienz und Effektivität der ETF beitragen werden. Die italienischen Behörden hoffen, dass bis Jahresende mit der ETF eine weitere Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit in einem Partnerland unterzeichnet wird, und das Außenministerium wird Ende des Jahres in Rom Gastgeber einer ETF-Veranstaltung sein, nämlich eines hochrangigen Rundtischgesprächs mit den Vertretern der MEDA-Region.

iii. 18-Monatsprogramm der spanischen, belgischen und ungarischen EU-Ratspräsidentschaft

Rosario Esteban Blasco (Spanien) stellt die wichtigsten Veranstaltungen der spanischen Ratspräsidentschaft vor, an denen Mitarbeiter der ETF teilnahmen und bei denen sie die spanische Ratspräsidentschaft durch aktive Beteiligung unterstützten. Es handelte sich um die folgenden Veranstaltungen:

- Jean-Monnet-Konferenz „*The role of education and training in new European Economy*“ (Die Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung in einer neuen europäischen Wirtschaft), 25.-26. Januar
- Konferenz „*New skills for the future employment*“ (Neue Kompetenzen für künftige Beschäftigung), 8.-9. April
- Europäisches Netzwerk für eine Politik der lebensbegleitenden Beratung, 3.-4. Mai
- Sitzung der für Berufsbildung zuständigen Generaldirektoren, 3.-4. Mai
- Konferenz zum Thema *Valuing VET competences*, 4.-6. Mai – Dank an die ETF für ihre Unterstützung der Teilnahme der Vertreter der MEDA-Länder; diese profitierten auch von einem Studienbesuch in Spanien zum Thema Berufsberatung
- Konferenz „*Public Employment Services in Europe*“ (Öffentliche Arbeitsvermittlungsstellen in Europa), 27.-28. Mai.

Micheline Scheys (Belgien) erklärt, dass Belgien die Vorgaben des Vertrags von Lissabon befolgt und mit der spanischen und der ungarischen Ratspräsidentschaft zusammenarbeitet. Zugleich wird die Zuständigkeit zwischen den drei belgischen Gemeinschaften aufgeteilt. Das flämische Bildungsministerium ist für die Koordinierung des Sektors der allgemeinen und beruflichen Bildung zuständig und führt den Vorsitz im Bildungsausschuss. Die Prioritäten der belgischen Ratspräsidentschaft sind Berufsbildung und Überprüfung des Kopenhagen-Prozesses, Schulen für das 21. Jahrhundert sowie nachhaltige Entwicklung.

Zum Kopenhagen-Prozess hat das CEDEFOP – mit Unterstützung der ETF für die Kandidatenländer und den Bericht der ETF über den Turin-Prozess – mithilfe eines Fragebogens und eines Berichts (2002-2009) eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese beiden Dokumente werden die Grundlage für die Ausarbeitung der Schlussfolgerungen des Rates und des Brügge-Kommuniqués zur *Zukunft der europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung* bilden. Die belgische Ratspräsidentschaft wird ferner in Brügge im Dezember eine Konferenz zum Thema *Quality and transparency as interface between VET, schools & Higher Education to enhance mobility and to support easier pathways to LLL* (Qualität und Transparenz als Schnittstelle zwischen Berufsbildung, Schulen und Hochschulbildung zur Stärkung der Mobilität und zur Unterstützung einfacherer Pfade zum lebenslangen Lernen) organisieren.

Für den Kopenhagen-Prozess hat die belgische Ratspräsidentschaft für die Zukunft die folgenden Prioritäten:

- **Qualitätssicherung:** gemeinsame Kriterien für alle Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung und Anerkennung früherer Ausbildungen;
- **Permeabilität** zwischen Berufsbildung, Hochschulbildung und allgemeiner Bildung – Synergien mit dem Bologna-Prozess;

- Stärkung der **Relevanz** der Berufsbildung in Bezug auf die (sich verändernden) Erfordernisse des Arbeitsmarkts;
- **Partnerschaften** mit Sozialpartnern, Interessengruppen und der Zivilgesellschaft;
- Verbesserung der **Kommunikation** mit einer breiteren Öffentlichkeit.

Im Rahmen des Ziels *Schulen für das 21. Jahrhundert* wird die europäische Zusammenarbeit auf der Ebene der Schulbildung unterstützt werden, wobei auf den Ergebnissen der französischen und der schwedischen Ratspräsidentschaft aufgebaut wird.

Im Rahmen der dritten Priorität, nachhaltige Entwicklung, wird die belgische Ratspräsidentschaft auf eine Verknüpfung der Strategie Europa 2020 mit dem Rahmen Allgemeine und berufliche Bildung 2020 hinarbeiten. Dies wird mittels folgender Maßnahmen geschehen: Sensibilisierung für nachhaltige Entwicklung in der allgemeinen und beruflichen Bildung, Forschungsförderung im Bereich kohlenstoffarme Wirtschaft und Förderung von *Green Skills*.

Weitere Themen der Ratspräsidentschaft: Hochschulbildung, Schwerpunkt Modernisierungsagenda und Mobilität, wobei eine Konzentration auf das Programm *Jugend in Bewegung* erfolgen wird.

Auch der Kalender der belgischen Ratspräsidentschaft wird vorgestellt. Die von der belgischen Ratspräsidentschaft organisierte Konferenz zum Thema „Soziale Eingliederung“ (28.-29. September) ist wichtig für die Zusammenarbeit mit der ETF, weil die Empfehlungen dieser Veranstaltung in die Tagung einfließen sollen, die die ETF zum Thema der sozialen Eingliederung im Dezember in Brüssel organisieren will.

György Szent-Lélek (Ungarn) stellt die vorgeschlagenen Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft vor, unter dem Vorbehalt ihrer endgültigen Festlegung und Genehmigung durch die neue Regierung. Die ungarische Ratspräsidentschaft beabsichtigt, sich mit den folgenden Themen zu befassen: lebenslanges Lernen und Mobilität – dabei wird eine Konferenz zur EQF-Bestandsaufnahme organisiert werden, und mit der ETF wurde bereits die Möglichkeit eines Seminars zu den EQF-Entwicklungen in der Westbalkanregion erörtert; Qualität auf allen Bildungsebenen: allgemeine Bildung, Hochschulbildung mit Modernisierungsagenda, Berufsbildung unter Einschluss der Frage der Erwachsenenbildung; der Begriff „Gleichheit“ wurde auf der Grundlage einer OECD-Studie zu frühkindlicher Bildung und Innovation definiert (insbesondere im Bereich Hochschulbildung).

5. Jährlicher Tätigkeitsbericht 2009 und Analyse und Bewertung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2009

Xavier Matheu de Cortada (ETF) stellt den Entwurf des jährlichen Tätigkeitsberichts 2009 vor. Das Dokument wurde Anfang 2010 erstellt und im März 2010 an die Vorstandsmitglieder übermittelt. Bei der ETF gingen Anmerkungen der GD Relex, der GD Unternehmen, der GD Beschäftigung sowie von Stamatis Paleocrassas und Sara Parkin ein. Er wurde auch im Rahmen des strukturellen Dialogs zwischen der ETF und den Kommissionsdienststellen im April sowie auf der Vorstandssitzung und der Arbeitsgruppensitzung im Mai erörtert. Xavier Matheu de Cortada stellt die Analyse des Haushaltsplans und die Personalverteilung entsprechend den wichtigsten Funktionen der ETF vor. Die Ausgaben stehen in direktem Zusammenhang mit der Verteilung der Haushaltsmittel und den Funktionen der ETF. Es sind leichte Abweichungen von den Berechnungen des Jahres 2008 zu verzeichnen, mit Zunahmen bei Überprüfungen von Politiken und politischer Analyse sowie bei der Unterstützung der Kommission und mit einer geringeren Zahl von Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten.

Rosario Esteban Blasco (Spanien) stellt im Namen der spanischen Ratspräsidentschaft die Analyse und Bewertung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2009 vor. Das Dokument wird von den Vorstandsmitgliedern und den vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen erörtert. Die allgemeine Einschätzung lautet, dass die Arbeit der ETF sehr gut gewürdigt wird. Es findet eine Debatte über Ergebnisse, Qualität und Auswirkungen statt sowie über die Möglichkeit, die Auswirkungen der Tätigkeiten der ETF in den Partnerländern zu messen. Die Vorstandsmitglieder würdigen die Deutlichkeit und Kohärenz des Dokuments. Die Empfehlung für die Zukunft lautet, eine Zusammenfassung aufzunehmen, die die allgemeinen Fragestellungen beinhaltet,

um so die enthaltenen Informationen leichter verständlich zu machen und das Dokument der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen zu können.

Bo Caperman (GD Erweiterung) schlägt eine Berichtigung auf Seite 8 des Dokuments in der Tabelle vor, damit korrekt auf „Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer“ verwiesen wird. Die vorgeschlagene Berichtigung wird akzeptiert.

Maurice Mezel (Frankreich) erklärt, dass ein weniger technisches Dokument erforderlich ist, das die Tätigkeit der ETF vermittelt und für eine bessere Kommunikation sorgt. Er legt ferner dar, dass eine Folgenabschätzung für die Tätigkeiten der ETF erforderlich ist, und erklärt, dass er den Ergebnissen des Turin-Prozesses freudig entgegensieht.

Xavier Matheu de Cortada dankt den Vorstandsmitgliedern für ihre Einschätzungen und begrüßt die Vorschläge für eine Zusammenfassung des Berichts. In Bezug auf die Anmerkungen zu den Ergebnissen führt er aus, dass die ETF bis Jahresende das Evaluierungssystem überarbeiten wird, um zu versuchen, sich stärker auf qualitative Ergebnisse als auf quantitative Ergebnisse zu konzentrieren, um so die Qualität der Arbeit der ETF zu verbessern.

Der Vorstand nimmt den jährlichen Tätigkeitsbericht 2009 und die Analyse und Bewertung des jährlichen Tätigkeitsberichts 2009 an.

6. Jahresabschluss 2009 der ETF

Martine Smit (ETF), vom Vorstand im Jahr 1999 zur Rechnungsführerin ernannt, präsentiert eine Reihe von Informationen zum Jahresabschluss 2009, um den Vorstand bei seiner Stellungnahme zum Jahresabschluss zu unterstützen. Der in Übereinstimmung mit Titel VII der Haushaltsordnung erstellte und vorgelegte Jahresabschluss wurde vom Rechnungshof geprüft und von der Rechnungsführerin bescheinigt. Die Direktorin gab zum jährlichen Tätigkeitsbericht 2009 eine Zuverlässigkeitserklärung ab.

Die Stellungnahme des Vorstands ist unverzichtbar für die Entlastung zur Ausführung des Haushaltsplans.

Die angewandten Grundsätze sind die periodengerechte Buchführung, die auf erfassten und erfolgten Transaktionen und anderen Ereignissen basiert (und nicht nur bei Vereinnahmung oder Zahlung von Geld oder äquivalenten Werten), und die kassenbasierte Buchführung, die auf Geldströmen basiert, was bedeutet, dass Transaktionen erfasst werden, wenn Geld vereinnahmt oder gezahlt wird.

Seit 2008 haben sich die folgenden wichtigsten Änderungen ergeben:

- **wirtschaftliches Ergebnis:** Als Einnahmen werden nur die gezahlten Mittel erfasst, nicht der vereinnahmte Gesamtbetrag. Verglichen mit dem Jahr 2008 zahlte die ETF fast denselben Betrag aus den verfügbaren Zahlungsermächtigungen aus. Die Tatsache, dass das wirtschaftliche Ergebnis einen Verlust ausweist, ist nur ein Ergebnis auf dem Papier, das alle möglichen anstehenden Ereignisse umfasst und nicht den an die Europäische Kommission zurückzuzahlenden Betrag darstellt;
- **Übersicht über die Kapitalbestandsveränderungen:** Bei der ETF ist das einzige Element der Kapitalbestandsveränderungen das wirtschaftliche Ergebnis. Dieses Ergebnis führt zu einer Veränderung des Kapitalbestands in der Bilanz;
- **Bilanz:** Es gibt keine bemerkenswerten Unterschiede im Vergleich zu 2008. Die Bilanzsumme weist einen Rückgang um 2 Mio. EUR aus. Dies ist vor allem auf die Abnahme der Zahlungsmitteläquivalente zurückzuführen, die durch die sehr knappe Finanzvorhersage begründet wurde;
- **Cashflow:** Es gibt bemerkenswerte Unterschiede im Vergleich zu 2008, nämlich einen Rückgang um 2 Mio. EUR. Dieser ist ebenfalls überwiegend auf die sehr knappe Finanzvorhersage zurückzuführen.

Titel 3 umfasst die vom CDT gezahlten Mittel in Höhe 85 791 EUR. Die zweckgebundenen Mittel bestehen aus: Italian Trust Fund – italienisches Außenministerium und Übereinkommen ETE MED –

GD AIDCO. Bei der ETF-Subvention ist die Mittelbindung im Vergleich zu 2008 höher. Die Mittelbindung für zweckgebundene Mittel wird, ebenso wie die ETF-Subvention, per Kalenderjahr berechnet; es ist jedoch daran zu erinnern, dass die zweckgebundenen Mittel mehrjähriger Natur sind und infolgedessen die Mittelbindung kein Indikator für die Effizienz ist.

Das Haushaltsergebnis basiert auf der Ausführung von Zahlungsermächtigungen. Der Haushaltsplan besteht aus Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen. Die Verpflichtungsermächtigungen entsprechen den geplanten Aktivitäten und dem Arbeitsprogramm, die Zahlungsermächtigungen entsprechen dem für die Auszahlung der gebundenen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehenden Betrag. Die Berichtigungen stellen die im Zusammenhang mit zweckgebundenen Mitteln von 2008 auf 2009 übertragenen Zahlungsermächtigungen dar. Das endgültige Ergebnis stellt den von der Europäischen Kommission zu erstattenden Betrag dar und betrifft die ETF-Subvention. Die zur Verfügung stehenden Ermächtigungen wurden zu 90,50 % ausgezahlt. Der Verlust ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die ETF die zur Verfügung stehenden Zahlungsermächtigungen von der Europäischen Kommission nicht in voller Höhe eingefordert hat.

Der Haushaltsordnung zufolge sind die Zinseinnahmen aus der ETF-Subvention an die Europäische Kommission zurückzuzahlen. Bei allen zweckgebundenen Mitteln ist dies von den einzelnen Übereinkommen abhängig.

Alistair Macphail (ETF) stellt den Entwurf der Stellungnahme des Vorstands zum Jahresabschluss 2009

Das Dokument wird eingebracht und steht im Einklang mit dem von der ETF erhaltenen Mandat. Basierend auf dem jährlichen Tätigkeitsbericht 2009, der eidesstattlichen Zuverlässigkeitserklärung der Direktorin und dem von ihr geäußerten Vertrauen in die Prüfungen und die im jährlichen Tätigkeitsbericht 2009 enthaltenen Tätigkeiten der Europäischen Stiftung für Berufsbildung, der Bescheinigung des Jahresabschlusses durch die Rechnungsführerin der ETF, der Zuverlässigkeitserklärung des Rechnungshofs und seiner Anmerkungen wird der Vorstand ersucht, eine positive Stellungnahme zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 abzugeben.

Die ETF erzielte im Jahr 2009 gute Ergebnisse, der Bericht des Rechnungshofs war positiv und enthielt die Bescheinigung der Jahresrechnungen der ETF; seine Anmerkungen bezogen sich nicht auf Transaktionen, Projektdurchführungen oder die Kerntätigkeiten der ETF, sondern auf die Haushaltsführung bezüglich der Übertragung von Mitteln von der Verwaltungsabteilung an die Operative Abteilung, was als schlechte Haushaltsplanung betrachtet wurde.

Micheline Scheys (Belgien) ersucht um Klarstellung hinsichtlich der Anmerkungen des Rechnungshofs zu den Mittelübertragungen und schlägt die Aufnahme des Prozentsatzes der Mittelübertragungen in die Agenturverordnungen vor, statt deren Festlegung der Entscheidung des Vorstands zu überlassen.

Sara Parkin (vom Europäischen Parlament ernannte unabhängige Sachverständige) betont die Tatsache, dass die drei unabhängigen Sachverständigen nicht stimmberechtigte Mitglieder des Vorstands sind, und ersucht darum, in die Stellungnahme des Vorstands einen entsprechenden Hinweis aufzunehmen (Angabe des Status „nicht stimmberechtigtes Mitglied“ neben ihren Namen in der Liste der Mitglieder des Vorstands).

Alistair Macphail (ETF) antwortet auf die von Frau Scheys angesprochenen Fragen und erklärt, dass die Anmerkung des Rechnungshofs ein technisches Element aufweist, da die Mittelübertragungen durch die Direktorin genehmigt werden können, ohne vorherige Stellungnahme des Vorstands. Die Auslegung der Haushaltsordnung durch die ETF entsprach hinsichtlich der Mittelübertragungen der seit mehreren Jahren gängigen Praxis, zu der der Rechnungshof zuvor niemals Anmerkungen hatte. Voraussichtlich wird es dieses Jahr einige zusätzliche schriftliche Verfahren zum Haushaltsplan sowie eine Überarbeitung der Haushaltslinien geben, um die Anzahl der Haushaltslinien zu verringern. Die Mittelübertragungen wurden im Juni 2009 vom Vorstand genehmigt, die Mittelübertragungen sind rechtmäßig, und die Stellungnahme des Rechnungshofs bezog sich auf die Haushaltsplanung.

Jan Trzuszczński fügt hinzu, dass der Interne Auditdienst der Kommission die Rechnungen der ETF geprüft hat und zu der Auffassung gelangt ist, dass der Grundsatz der wirtschaftlichen Haushaltsführung beachtet wurde.

Der Vorstand nimmt die Stellungnahme des Vorstands zum Jahresabschluss 2009 der ETF an.

7. Entwurf des Arbeitsprogramms 2011

Xavier Matheu de Cortada (ETF) erklärt, dass der Entwurf des Arbeitsprogramms 2011 im April 2010 zur Konsultation auch in die Partnerländer übermittelt worden ist. Am 18. Mai 2010 analysierte die Arbeitsgruppe des Vorstands das Dokument und warf die Frage auf, in welcher Weise die Ergebnisse des Turin-Prozesses Auswirkungen auf die wichtigsten Tätigkeiten haben werden. In den Anmerkungen der Kommissionsdienststellen wurde ebenfalls auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Kommunikation verwiesen und eine bessere Präsentation vorgeschlagen. Den Erwartungen zufolge wird im Juli eine neue Version des Arbeitsprogramms 2011 zur Übermittlung vorliegen, die Informationen über die auf Länderebene zu entwickelnden Tätigkeiten enthalten wird.

Der Entwurf des Arbeitsprogramms 2011 wird auf der Vorstandssitzung im November angenommen werden.

Die Struktur des Arbeitsprogramms 2011 wird im Vergleich zu 2010 geändert, unter anderem in folgenden Bereichen: politischer Kontext, Kontext der mittelfristigen Perspektive, prioritäre Maßnahmen im Jahr 2011, interne Kommunikation, Ressourcen, verantwortungsvolle Verwaltung („*governance*“) und Management sowie Anhänge. Der Bereich Politik nimmt Bezug auf EU2020, die Mitteilung zur Berufsbildung, den Kopenhagen-Prozess, neue Kompetenzen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten, nachhaltige Entwicklung usw.

Rosario Esteban Blasco (Spanien) nimmt auf die in den Erörterungen über den jährlichen Tätigkeitsbericht 2009 aufgeworfene Frage der unterschiedlichen Namen der Tabellen Bezug und ersucht um die Aufnahme vergleichbarer Informationen in die Tabellen.

Madlen Serban (ETF) erläutert, dass diese Arbeit im Gange ist. Die ETF beabsichtigt, vergleichbare Daten für die Jahre 2009, 2010 und 2011 vorzulegen, um einen umfassenden Überblick über die mittelfristigen Ziele zu geben.

Sara Parkin (vom Europäischen Parlament ernannte unabhängige Sachverständige) wirft die Frage auf, wie die nachhaltige Entwicklung in die Tätigkeiten der ETF integriert werden kann. In Zeiten finanzieller und personeller Beschränkungen wird die nachhaltige Entwicklung oftmals nur im Zusammenhang mit der Umwelt gesehen. Sie empfiehlt, nachhaltige Entwicklung umfassend zu begreifen – als mit Gleichbehandlung, Qualität und wirtschaftlicher Entwicklung verbunden.

8. Neuer dem Vorstand vorbehalten zugangsbeschränkter Bereich der ETF-Website

Francesca Ferrandino (ETF) präsentiert den dem Vorstand vorbehaltenen zugangsbeschränkten Bereich, der von der ETF geschaffen wurde, um die Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder zu unterstützen. Dieser Bereich enthält alle Entscheidungen des Vorstands, die zur Annahme im schriftlichen Verfahren vorgeschlagenen Dokumente, Präsentationen usw. Die Website kann basierend auf den Vorschlägen des Vorstands verbessert werden, beispielsweise durch Aufnahme eines Forum-Bereichs oder anderer Fazilitäten.

Jerzy Wiśniewski (Polen) macht zwei Anmerkungen: Er schlägt zunächst vor, im Sitzungsraum für drahtlose Anschlussmöglichkeiten zu sorgen. Die zweite Anmerkung bezieht sich auf die Evaluierungsformblätter, die noch immer papierbasiert sind.

9. Die Rolle der vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen im Vorstand der ETF

Jean François Mezières (vom Europäischen Parlament ernannter unabhängiger Sachverständiger) erklärt, dass die Sachverständigen vom Europäischen Parlament aufgrund ihres Know-hows und unter Berücksichtigung der geografischen Ausgewogenheit ernannt werden. Ihre Rolle musste durch Erörterungen mit einigen der Mitgliedstaaten und Kommissionen geschaffen werden, und sie hoffen, praktische Beiträge zu einigen der Projekte der ETF leisten zu können.

Jan Truszczyński dankt den unabhängigen Sachverständigen für ihren Beitrag zur Tätigkeit der ETF.

Sara Parkin (vom Europäischen Parlament ernannte unabhängige Sachverständige) schlägt vor, ein an die Vorstandsmitglieder und das Europäische Parlament zu übermittelndes Papier zu verfassen, in dem ihre Fachgebiete aufgeführt werden und das Vorschläge dazu enthält, wie sie ihren Beitrag zur Tätigkeit der ETF leisten können.

10. Sonstiges

Unter diesem Tagesordnungspunkt finden keine Erörterungen statt.

11. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands wird am **24. November 2010** in Turin stattfinden.